

Luckau/Dahme 07. September 2013, 02:55 Uhr

Hauptstraße: Ausbau geht weiter

Stadt beauftragt neues Unternehmen / Geschasste Firma sieht sich zu Unrecht gekündigt

LUCKAU Auf der Luckauer Hauptstraßen-Baustelle soll es weitergehen. In einer Eilentscheidung hat die Stadt ein Unternehmen aus Lauchhammer mit den Arbeiten beauftragt, so Bürgermeister Gerald Lehmann (parteilos) am gestrigen Freitag gegenüber der RUNDSCHAU. Derweil wehrt sich die gekündigte K & R Baugesellschaft aus Freiwalde, für den mehrwöchigen Baustopp den schwarzen Peter zu bekommen.

Mitte August hatten die Freiwalder Bauleute die Sachen gepackt. Am 28. August kündigte die Stadt den mit K & R geschlossenen Bauvertrag und nahm das Vergabeverfahren wieder auf. Seither hoffen Anwohner und Gewerbetreibende auf eine schnelle Lösung. "Für uns geht es um die Existenz", sagt Boutique-Betreiberin Ursula Wiczorek. Schaden abzuwenden sei der Grund für die Neuvergabe mittels einer Eilentscheidung, so Bürgermeister Lehmann. Das Unternehmen SGL, das die Arbeiten an der Hauptstraße fortführen soll, sei ursprünglich der zweitgünstigste Bieter gewesen. "Am kommenden Dienstag soll die Baustelle übergeben werden", kündigt Gerald Lehmann an. Zudem werde es zeitnah eine Informationsveranstaltung für die Anlieger geben, so der Bürgermeister.

Unterdessen kämpft das geschasste Unternehmen K & R um seinen Ruf und will sich für die entstandene prekäre Lage nicht den schwarzen Peter zuschieben lassen, wie Geschäftsführer Klaus-Dieter Grocholeske erklärt. "Die Ursachen hat die Stadt Luckau als Auftraggeber mit zu verantworten", sagt er. So sei in der Ausschreibung die archäologische Begleitung mit einem zeitlichen Rahmen von zehn Einsatzstunden angesetzt worden. Diese Angabe stehe in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Ausmaß. Gefunden wurde ein "komplexes Bodendenkmal, welches weite Teile des Baufeldes komplett berührt." Grocholeske spricht von einem Bauverzug "im Monatsbereich". Die geplanten effizienten Abläufe seien nicht mehr möglich gewesen. Die Stadt, so die Meinung des Unternehmers, hätte von den zu erwartenden Dimensionen Kenntnis haben und die Bauleistungen entsprechend ausweisen müssen. Zur Begründung führt er frühere Baustellen an, so an der Rathausstraße und der Straße Am Markt, wo bereits mittelalterliche Bohlenwege gefunden wurden.

Laut Grocholeske forderte die Firma zu Recht einen neuen, den aktuellen Bedingungen angepassten Werklohn. Mehrmals habe K & R schriftlich Verhandlungen zur Anpassung der Baukosten angeregt. Die Stadt Luckau habe darauf "nicht ernsthaft reagiert, so dass K & R keinen anderen Weg sah, als die Bautätigkeit vorübergehend einzustellen, um nicht weiter Kosten zu produzieren, von denen unklar ist, ob und wann diese durch den Auftraggeber ausgeglichen werden."

Bürgermeister Lehmann räumt ein: "Teilweise sind die Archäologen auf Funde gestoßen, die zu einer Verzögerung des Bauablaufs führten." Die Stadt habe "dem Grunde nach anerkannt, dass daraus resultierende Mehraufwendungen bezahlt werden müssen." Strittig sei allerdings die Höhe des Mehraufwandes. Nach Darstellung der Stadt hat die Baugesellschaft "höhere Preise auch für diejenigen Baumaßnahmen gefordert, die ohne Beeinträchtigung durch archäologische Begleitmaßnahmen planmäßig ausgeführt werden können." Diese Mehrkosten seien bislang durch nichts belegt. Den Vorwurf mangelnder Gesprächsbereitschaft weist Gerald Lehmann zurück. "Die Stadt war zu Gesprächen über die Vergütung stets bereit. Darauf ist die K & R-Baugesellschaft nicht eingegangen, die ohne jede rechtliche Grundlage für die gesamten Restleistungen eine neue Preisvereinbarung forderte." Aus Stadtsicht hat K&R zu Unrecht die Bauarbeiten eingestellt, "obschon ohne jede Beeinträchtigung durch die archäologischen Begleitmaßnahmen und in Übereinstimmung mit dem Bauzeitenplan hätte gearbeitet werden können und müssen." Deshalb habe sich Luckau nach zwei ergebnislosen Fristsetzungen zur Entziehung des Auftrages gezwungen gesehen.

"Wir müssen gehen", bleibt Klaus-Dieter Grocholeske für die Freiwalder keine andere Wahl. Er hoffe jedoch weiter, im Streit um die Entlohnung noch "zu einem vernünftigen Konsens" zu kommen.